

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Zentralsprecher Nr. 924.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Besondere Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Montag, den 10. Januar 1916.

23. Jahrg.

Gefährdung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Bei manchen Diskussionen, die jetzt die bürgerliche Tages- und noch mehr die Fachpresse füllen, kann man den Eindruck gewinnen, als stünden wir schon dicht vor dem Frieden. Die großen Schicksalsfragen, die in dem eisernen Würfelenspiel entschieden werden sollen, sind zurückgedrängt, gerade als ob sie schon erledigt wären. Die Aufgaben der inneren Politik und Wirtschaft rücken mehr und mehr in den Lichtkreis der öffentlichen Besprechung und die Interessentengruppen rühren sich, um ihre Lösung in einem den eigenen Bedürfnissen und Wünschen entsprechenden Sinne vorzubereiten. Welch' rühriges Gewimmel in den Organisationen der Unternehmer! Dort reißt sich jetzt eine Konferenz an die andere und jede beschäftigt sich mit Zukunftsfragen von Bedeutung.

Die Wirtschaftspolitik, die allgemeine Sozialpolitik, die Spezialfragen des Arbeiterrechts, die Wiedereinführung der Kriegsbeschädigten in das gewerbliche Leben — diese und andere Gegenstände nehmen jetzt dort das Interesse in Anspruch. Um so trüblicher ist das Bild, das die Arbeiterschaft zur gleichen Zeit bietet. Bei den Unternehmern vollzieht sich der Aufmarsch zu den Kämpfen um die künftige Gestaltung dieser Gebiete des öffentlichen Lebens — bei der Arbeiterklasse scheint die Auflösung bevorzustehen, der Hader beherrscht das Feld!

Denken wir an das Morgen! Kehren wir zur Arbeit zurück!

Es müßte sich überaus schwer rächen, wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht die Augen offen hielte und die Dinge beobachtete, die sich bei der Kriegsbeschädigten-Fürsorge vorbereiten. Als die ersten organisatorischen Vorbereitungen dazu getroffen wurden, hieß man auch hier die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen gern willkommen. Aber alle Praxis ist gerade hier auf die Mitwirkung der Unternehmer angewiesen; denn wenn sich keine Betriebe finden, die sich den Kriegsbeschädigten öffnen, so ist schließlich aller Mühe umsonst. Die Unternehmer haben das natürlich erkannt und sich dieser Frage mit Eifer zugewandt. Grundsätzlich ist die Mitwirkung der Unternehmer und ihrer Organisationen nicht zu verwerfen, sie ist notwendig und nicht zu entbehren. Jetzt aber ist man in Unternehmertreue schon drauf und dran, die Arbeiter ganz und gar von der Teilnahme abzu drängen. Das wäre, wenn es in größerem Umfange gefänge, geradezu verhängnisvoll. Denn wohin die Absichten der Unternehmer in diesem Fall steuern, erhellt daraus, daß sie sich auch gegen die Mitwirkung der Behörden und anderer paritätischer Organe wenden.

Am 16. Dezember tagte in Bieberich eine Versammlung mittelhessischer Fabrikanten und der süddeutschen Eisen- und Stahlindustriellen, die nach einem entsprechenden Vortrage zur Frage der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten beschloß, daß es dringend notwendig sei, „von einer Einmischung durch Behörden, Gewerkschaften und sogenante paritätische Organe abzusehen“; ebenso unzulässig sei es auch, „die Frage durch besondere Tarifverträge reglementieren zu wollen“. — Dem Verständigen ist das genug!

Es bleibt dabei zu bedenken, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Kriegsbeschädigtenarbeit mit jeder Woche, um die sich der Krieg verlängert, höher und höher steigt. Waren es nach dem ersten Vierteljahr des Weltkrieges einige Zehntausende, so muß man jetzt mit manchen Hunderttausenden von Arbeitern rechnen, die durch Verwundung oder Krankheit die volle Leistungsfähigkeit eingebüßt haben. Ein Lohndruck bei dieser Masse muß sich auch auf die übrigen, unversehrten Arbeiter übertragen. Das wäre dann eine probate Kriegserrungenschaft! Leider aber muß man mit dieser Möglichkeit rechnen, wenigstens dann, wenn es den Unternehmervereinigungen gelingen sollte, ihren Absichten entsprechend die Kriegsbeschädigten allein zu beherrschen. Es gibt gewiß viele Fabrikanten, die heute jeden Gedanken, die Arbeit der Kriegsbeschädigten zu solch anrüchlichem Geschäft zu benutzen, entrückt von sich abweisen und die Frage tatsächlich nach menschlichen und vaterländischen Gesichtspunkten beurteilen. Aber man weiß, daß in solchen Dingen nicht der Sinn des einzelnen Unternehmers, sondern die Absichten der Organisation entscheiden, und wie diese beschaffen sind, mag man daraus ersehen, daß man dort sogar die Behörden von der Mitwirkung ausschließen will.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten ist sicherlich eine Angelegenheit, die der Praxis schwere Aufgaben stellt. Theoretisch erkennt man heute allgemein den Grundsatz an, daß die Rente, die dem Beschädigten gezahlt wird, auf den Lohn keinen Einfluß haben soll, daß dieser vielmehr ganz nach der Leistung festzusetzen ist. Das ist gut und gerecht. Es kommt nun bloß darauf an, wer für die Abschätzung der Leistung und somit für die Aufstellung der Lohnnormen zuständig sein soll. Nach jenem Beschluß — der leider durch aus keine vereinzelte Kundgebung ist! — soll die Mitwirkung aller anderen Organe ausgeschlossen sein, die Unternehmer wollen ganz nach eigenem Ermessen handeln und wollen sie wollen auch nicht durch irgendwelche tarifvertraglichen Bestimmungen beengt sein. Sprechen wir ruhig

aus, was das bedeutete: es hieße die Kriegsbeschädigten unter ein gewerbliches Ausnahmerecht stellen, sie ohne Schutz und Rücksicht an die Willkür der Unternehmer ausliefern. Solche Dinge müssen von vornherein beim rechten Namen genannt werden.

So geht die Sache aber doch nicht. Soll ein erträglicher Zustand erreicht werden, so muß man gerade das tun, was die Unternehmerorganisationen nicht wollen. Dann müssen sich beide — Unternehmerverbände und Gewerkschaften — über bestimmte Regeln verständigen und diese mögen sie dann unter paritätischer Obhut und Leitung anwenden. Hierzu sind Tarifverträge allerdings unermesslich. Man mag sich in engherzigem Klassenegoismus dagegen sträuben und sperren, so viel man will: wer für Industrie, Handel und Gewerbe die Sicherheit ruhigen Erwerbes will, werden sie künftig noch mehr benötigen als früher, der muß das schiedlich-friedliche Vertragen zwischen den beiden Mächten wollen, der muß sich mit den Tarifverträgen ausöhnen. Aber diese selbst müssen für die Zukunft weit lebendigere Kräfte in der Betriebsgestaltung werden als sie bisher waren. Die schwachen Anjäger zu einer tarifvertraglichen Rechtspflege müssen erweitert und fortgebildet werden, die Tarifausschüsse, Schlichtungskommissionen, Tarifämter und wie sonst ihr Name sein mag, müssen mehr und mehr Organe der Betriebsordnung werden, die dann die gegebenen Stellen sind, denen die Lohnbildung für die Kriegsbeschädigten zugewiesen ist.

Eine Regelung in solchem Geiste ist freilich nicht der absolute Friede, und auch ihre Früchte werden noch nicht die absolute Gerechtigkeit sein; aber sie bietet immer die einzige Möglichkeit, aufsteigende Konflikte zu lösen und zu schlichten. Und darauf kommt es uns an und muß es jedem ankommen, dem das Wohl der Gesamtheit und das Wohl der Kriegsbeschädigten am Herzen liegt. Die Männer, die in dem ungeheuren Streit unersehbarer Lebensgüter verloren haben, dürfen nicht auf Gedeih und Verderb dem guten Willen eines beliebigen Fabrikanten überantwortet

werden. Man ist ihnen doppelten und dreifachen Schutz schuldig. Sie dürfen auch nicht dazu mißbraucht werden, den Lohn der unversehrten Arbeiter zu drücken oder deren Streben nach fortschrittlicher Ausbildung des Arbeitsverhältnisses zu erschweren. Das Streben aller beteiligten Organe muß darauf zielen, den Kriegsbeschädigten das gleiche Maß an Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern, das die übrigen Arbeiter haben.

Es ist sicher edel und zugleich wirtschaftlich richtig, den Kriegsbeschädigten durch Hilfsmittel und Anleitung so viel von den alten Fähigkeiten und Fertigkeiten wiederzugeben, wie Kunst und Wille nur schaffen können. Aber auch hier besteht die Gefahr der Verirrung. Wir wenden uns, wohlgerichtet, nicht gegen ein rationelles und angespanntes Abschluß-Verfahren und haben zum Sanitätswesen der Armee das Vertrauen, daß es die überberufenen Praktiken der Rentengewässer nicht nachahmen wird. Aber es muß verlangt werden, daß man bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten in Erwerbsstellungen gewisse Grenzen der Vernunft respektiert. Man soll nicht Unmöglichkeiten verlangen. Es fehlt leider nicht an Anzeichen, daß eine solche Gefahr tatsächlich besteht. Wenn man z. B. etnarmige Bergleute (Hauer!) als Muster hinstellt oder Leute mit einem künstlichen Bein als Klemmer u. a. auf Leitern und Dächern schiken möchte, so muß man gegen solche Versuche an den gesunden Menschenverstand appellieren. Ein gewerblicher Betrieb ist kein Zirkus, und die Kriegsbeschädigten sollen keine Drahtseilkünstler sein! Sie haben ihr Leben drauhen in die Schanze schlagen müssen; hier sollen wir es ihnen nach aller Möglichkeit schützen.

Auf diesem Gebiete — es ist nur ein einziges von vielen! — harren der Arbeiterorganisationen hochwichtige Aufgaben. Es würde ihrer Lösung sehr zugute kommen, wenn wir einen Teil der Kraft, die jetzt im zeretzenden Hader vertan wird, dafür aufwenden wollten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Am Hartmannsweilerkopf gelang es den deutschen Truppen, unter Gefangennahme von rund 1100 Franzosen nunmehr völlig die früher innegehabten Positionen wieder zu erobern.

An der ostgalizischen und beharabischen Grenze haben die Russen ihre Angriffe nicht wiederholt; sie versuchen jedoch, durch Heranziehung von Verstärkungen anscheinend zu einem neuen Schlage auszuholen.

In Montenegro, wo die Oesterreicher vor einigen Tagen die Offensive aufgenommen haben, kam es zu ziemlich heftigen Kämpfen, bei denen die Montenegriner nicht gut abzukommen. Unter solchen Umständen scheinen die Meldungen nicht unwahrscheinlich zu sein, nach denen die Bevölkerung in Montenegro erbittert ist wegen der Fortdauer des Krieges. Sie verlangt angeblich von der Regierung, daß sie Frieden schließe. Daß diese dem Verlangen entsprechen wird, ist leider nicht anzunehmen.

Eine erfreuliche Meldung kam gestern abend aus Konstantinopel. Die Halbinsel Gallipoli ist nunmehr vollständig von den Engländern geräumt worden. Mit gewaltigen Mitteln war der Plan der Dardanellenbezwingung ins Werk gesetzt worden, und fast ein Jahr hatten die Angreifer an dem Glauben festgehalten, daß er gelingen könne, obgleich von Anfang an das Nutzlose des Versuches klar war. Vom Februar 1915 an beschossen die Engländer und Franzosen die Dardanellen, machten dann bis Mitte März vergebliche Landungsversuche, wurden aber stets mit ungeheuren Verlusten zurückgeworfen. Erst im Mai gelang es ihnen, sich an der Küste festzusetzen, ohne daß sie aber ins Innere vordringen konnten. Nun entwickelte sich der allbekannte Stellungskrieg, der den Verbündeten schon bis zum Juli Verluste von etwa 100 000 Mann brachte. Trotzdem die Opfer immer größer wurden, konnten sich die Angreifer nicht zu einem Aufgeben der Operationen entschließen, da es ihnen darauf ankam, die neutralen Balkanstaaten durch die Möglichkeit, daß der Dardanellendurchbruch doch noch gelingen könnte, in Unsicherheit zu halten. Harter Kampf bis in die letzte Zeit hat dieses „Kriegsziel“ der Verbündeten gebracht, aber nun ist alle ihre Mühe umsonst gewesen; sie haben ihre Truppen zurückgezogen, jedenfalls um sie in Saloniki oder Ägypten zu verwenden.

Der Eindruck, den dieser Rückzug auf die Neutralen und insbesondere auf die Indier und Ägypter ausüben wird, dürfte von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Die Entente hat eine neue Gewalttat begangen, indem sie die deutschen, österreichischen und türkischen Konsulatsvertreter auf der griechischen Insel Mytilene verhaftet haben. Als Antwort darauf kann die Nachricht angesehen werden, daß nunmehr die Verhandlungen zwischen Griechenland und Bulgarien wegen der Teilnahme der letzteren an der Offensive gegen Saloniki für beide Teile befriedigend abgeschlossen sind.

Die über die Annahme des englischen Wehrgesetzes im Unterhause und die Proteste der Arbeiterschaft dagegen bisher hierher gelangten Meldungen sind noch nicht sicher und vollständig genug, daß man sich bereits ein klares Bild von dem Umfang der Krise und ihrer wahrscheinlichen Entwicklung machen könnte. Zunächst soll darauf hingewiesen werden, daß nach den letzten Berichten außer den 106 Stimmen gegen die Regierungsvorlage auch 150 Stimmenthaltungen anwesender Mitglieder festgestellt wurden. Nimmt man dazu die Zweidrittelmehrheit der großen Arbeiterkonferenz gegen die Wehrpflicht, so ergibt sich doch wohl die Tatsache, daß das zugemutete, für die englische Lebensanschauung und politische Ueberlieferung ungeheure Opfer der Wehrpflicht Millionen von Engländern heute zu hoch zu schätzen, um die gegen ihr Wissen von Edward Greg und dem übrigen, getriebene verhängnisvolle Politik unter allen Umständen mit voller Unentwegtheit fortzusetzen. Die englische Presse ist denn auch schon bedeutend ruhiger und sanfter geworden. So schreibt „Daily News“: „Die Abstimmung am Donnerstag zeigt, daß die Regierung die Dienstpflicht-Bill im Parlament durchsetzt, aber es ist ebenso sicher, daß die bloße Annahme der Bill im Parlament die Absicht der Regierung nicht vertritt.“ Die Ausführung der Bestimmungen der Bill wäre, wie Aquino selbst sagte, bei allgemeiner Zustimmung möglich. Diese fehlt. Die bloße Einbringung der Bill führte den Rücktritt eines fähigen Ministers, die Trennung der Arbeiterführer von der Koalition und einen offenen Konflikt zwischen der Regierung und der Treupartei herbei. Die Abstimmung der Arbeiterkonferenz bewei-

Allerlei Kriegsnachrichten.

Wom Kolonialkrieg.

Aus London wird amtlich gemeldet: „Die nach dem Sanganjika-See entsandte Marineexpedition griff am 26. Dezember das bewaffnete Dampfschiff „Kingani“ an und zwang es nach einem zehn Minuten dauernden Gefecht, sich zu ergeben. Alle deutschen Offiziere fielen. Das Schiff, obwohl es sich in sinkendem Zustande befand, wurde an Land gebracht.“ — Es handelt sich nur um ein kleines Schiff von 16 Meter Länge und 3,5 Meter Breite mit wenig farbigen Bedienungsmannschaften.

Die amerikanische Handelskammer in Berlin

hat an den Präsidenten Wilson, den Staatssekretär Lansing und den Senat folgendes Telegramm abgeleitet: Lange hier etablierte führende amerikanischer Bürger, die mit amerikanischer Nichtkonterbande handeln, stehen vor dem Ruin, weil es ihnen nicht möglich ist, Ware zu bekommen. Sofortiges Vorgehen notwendig.

Gegen amerikanische Kriegslieferungen.

In den Vereinigten Staaten macht sich nach Angaben der „New York World“ in der letzten Zeit eine so starke Bewegung gegen Kriegslieferungen bemerkbar, daß es den Bierverbandsmächten nicht möglich ist, die den amerikanischen Firmen zugeordneten Aufträge unterzubringen. Das Blatt stellt auf Grund einer Umfrage fest, daß selbst die Gesellschaften, die seit Kriegsausbruch fast ausschließlich Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenstände herstellen, wenig Neigung verspüren, weitere Aufträge anzunehmen. Die Verwaltung der Carnegie Steel Company hat erklärt, daß der amerikanische Stahltrust voraussichtlich die Kriegslieferungen vollständig einstellen werde. Die Firma Jones Langhlin, das größte unabhängige Stahlwerk der Union, lehnte ebenfalls alle weiteren Aufträge in Kriegsmaterial ab. Die Waffenfabrik Harrison v. Richardson in Cleveland hat mit den Gewehrlieferungen für England und Rußland gleichfalls aufgehört und will für die Folge nur noch Jagd- und Sportwaffen anfertigen. Eine Reihe anderer amerikanischer Gesellschaften, die im Auftrage des großen amerikanischen Ausrüstungskonzerns für den Bierverband tätig gewesen sind, will in Zukunft nur Fabrikate herstellen, die für Friedenszwecke Verwendung finden. — Amerikanische Blätter melden, daß Stalien, Rußland und Frankreich bereits mit Einkäufen von Kriegsmaterial für 1917 beginnen.

Beschuldigungen gegen Deutsch-Amerikaner.

Im Repräsentantenhaus griffen die Republikaner Stafford und Cooper aus Wisconsin den Republikaner Gardner aus Massachusetts lebhaft wegen einer Rede an, in der er die Deutsch-Amerikaner und die deutsche Nation getadelt hatte. Cooper, der zum Ausschluß für auswärtige Angelegenheiten gehört, rief aus: „Die Bemerkungen, die wir hörten, waren so heftig, als wären sie im englischen Parlament getan.“ Stafford erklärte in einem erregten Zuruf: „Gardner ist mehr Engländer als Amerikaner.“ Gardner tabelte ihn wegen der Natur seiner Bemerkungen, da doch jedes Mitglied seine Worte sorgfältig abwägen sollte. Stafford verteidigte entschieden die Deutsch-Amerikaner und ging insbesondere auf die Behauptung ein, die Deutsch-Amerikaner zerstörten amerikanische Munitionsfabriken mit Gold und mit Dynamit. Die Anschuldigungen, jagte er, können nicht gegen die acht Millionen Deutsch-Amerikaner dieses Landes gemacht werden. Ich bin nicht der Unwalt der deutschen Sache, aber ich weiß, daß in meinen eigenen Bezirken Munitionsfabriken, in deren Umgebung Tausende von Deutsch-Amerikanern wohnen, täglich ohne Unterbrechung im Betriebe sind. Die grundlose Anschuldigung, die eines Mannes unwürdig ist, bringt mich in Erregung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 10. Januar.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend im Gewerkschaftshaus statt.

Unsern Müttern zum Nachdenken. Diphtheritis und Scharlach stellen sich im Winter besonders gern ein. Die Zahl der Opfer, die diese Krankheiten fordern, ist eine sehr große. In die Mütter tritt die Frage heran, wie sie einer Ansteckung ihrer Kinder vorbeugen können. Da muß sich die Mutter dreiierlei merken.

Erstens muß sie es mit jeder ansteckenden Krankheit machen wie mit dem Feuer, dem jeder aus dem Wege geht, der nicht verbrannt sein will. Gerade so soll sie auch keine Wohnung und kein Haus betreten, in dem ein Kind mit Scharlach oder Diphtheritis liegt. Dazu gehört auch, daß sie keine teilnehmenden Krankenbesuche macht, und wenn es das Kind ihrer besten Freundin und mitteilbarsten Nachbarin ist. Sie muß sogar ihren Kindern das Spielen mit Kindern aus Scharlachhäusern untersagen, vor allem aber unter keinen Umständen dulden, daß ihre Kinder zu ihrem kranken Spieltameraden in die Wohnung gehen, denn diese ist der eigentliche Ansteckungsherd. Eltern, die das Unglück haben, daß eins ihrer Kinder an Scharlach oder Diphtheritis erkrankt, sollten dafür sorgen, daß fremde Kinder solange nicht mit ihren Kindern spielen, bis die sechs Wochen herum sind, die solch ein Kind nach Ausbruch seiner Erkrankung ansteckungsfähig ist.

Zweitens muß die Mutter mehr als sonst auf das Befinden ihrer Kinder achten. Klagen, daß ihnen das Schlucken weh tut, Appetitlosigkeit und heiße Haut sollten jetzt schon genügen, um einen Arzt herbeizuholen. Man soll damit nicht warten, bis gelbe Flecken im Hals, Scharlachrote auf Brust und Armen oder gar Niesem oder Erstickungsanfälle auftreten. Dann ist es meist zu spät, während die Genesung fast immer eintritt, wenn der Arzt frühzeitig das Serum anwenden kann. Es ist darum gut, ihn schon wenn man ihn rufen läßt, zu sagen, daß es sich vielleicht um Scharlach oder Diphtheritis handelt. Er kann sich dann die notwendigen Instrumente und Arznei gleich mitbringen.

Drittens: Hat der Arzt festgestellt, daß eine der beiden bösen Krankheiten vorliegt, so soll man den Kranken so bald wie möglich in das Krankenhaus bringen. Das ist der beste Schutz gegen Ansteckung der andern, noch gesunden Geschwister. Leider trauen sich hiergegen noch viele Mütter aus Unwissenheit oder Mitleid mit dem kranken Kinde. Dies Mitleid ist falsch. Der Gesunde hat gerade so gut Anspruch auf Schutz vor Krankheit, wie der Kranke auf Pflege. Diese ist im Krankenhaus mit geschulten und erfahrenen Kräften immer besser als im Hause, und der Ansteckungsherd wird nur dann unschädlich, wenn er entfernt wird.

Man kann den Kranken ja auch in der Wohnung absondern, er braucht dann aber unbedingt ein besonderes Zimmer, besonderes Spielzeug, Ess- und Trinkgeschirr und vor allem eine erfahrene Person, die nur ihn allein pflegt, und seine Wäsche, sein Geschirr und sich selbst vor der Berührung mit Gefunden fortlaufend desinfiziert. Alles dies ist unmöglich, wenn keine geräumige Wohnung vorhanden ist, oder wenn die Mutter Haushalt und Pflege aller Kinder allein zu besorgen hat.

Jede Mutter tut gut, sich diese drei Punkte immer vor Augen zu halten und daran zu denken, daß die Erkennung, Behandlung und Absonderung der ersten Krankheitsfälle in der Familie am sichersten vor Ausbreitung der Krankheiten und Ansteckung mit Scharlach und Diphtherie schützen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezember auf 1392 (1439), die der Besucher auf 1475 (1582). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 189 Personen. Mitin sind im Monat Dezember 1143 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1494 (1642), darunter nach auswärts schriftlich 51 (65). Von den Besuchern war organisiert 327 (376) Personen, und zwar gewerkschaftlich 141, politisch 13, gemeinschaftlich und politisch 173. Unter den verbleibenden 1138 Nichtorganisierten befanden sich 910 Angehörige von Organisierten und 15 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 545 (576) männlich, 920 (998) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilte sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1308 (1421); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 157 (153); Organisationsunfähige 110 (117). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1180 (1176) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck (Land) 105 (109), Oldenburg 87 (95), Mecklenburg 52 (51), Preußen 37 (35) und sonstwo 14 (28). Die Auskünfte verteilte sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 236 (228), Privatangelegenheitenversicherung 3 (—), Arbeits- und Dienstvertrag 189 (219), bürgerliches Recht 421 (434), Strafrecht 61 (91), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 507 (579), Arbeiterbewegung 3 (8), Privatversicherung 11 (6), Handels- und Gewerbesachen 2 (6), Verjährungsverjährig 10 (10). Von den Auskünften machten 299 (379) die Anfertigung von 392 (479) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 14 (20) sonstige Briefe und Postkarten. Eingänge 245 (251) Postsendungen. Der 13. Dezember zeigte mit 85 (83) die höchste, der 10. Dezember mit 35 (25) die niedrigste Besucherzahl.

Ein Todesurteil des Kriegsgerichts in Lübeck. Vor dem Kriegsgericht der 81. Infanteriebrigade hatte sich am Sonnabend der 17jährige Musiker Walter Lütjohann aus Altona wegen Fahnenflucht, Einbruchsdiebstahl, Mord und Mordversuchs zu verantworten. Wie noch erinnertlich sein dürfte, wurde im Juni v. J. in der Villa des verstorbenen Landgerichtsdirektors Dr. Runde dessen geistig minderwertigen Tochter Friede die Kehle durchschnitten und Frau Dr. Runde am Hals mehrfach verletzt. Der Täter Lütjohann konnte sofort festgenommen werden. Die Verhandlung ergab folgendes: Ende Mai entließ Lütjohann vom Militär, trieb sich über zwei Wochen hier herum, tagsüber in der Kasse und nachts im Walde. Mittel zum Leben hatte er nicht, die Kost war also stark mit Hunger durchsetzt. Einige Male erbat er sich von Damen kleine Geschenke oder versuchte von Besuchern der Kasse Unterstützung zu erhalten. Hier schrie er sich auch eine Anzahl Kressen mit Verursachung der Bewohner in der Israelsdorfer Allee auf. Nach dreitägigem Hungern suchte er sich das Haus Dr. Rundes aus, wo er eine Leiter und ein offenes Fenster entdeckte. Er kletterte sich erst im Garten auf und schlich gegen Mitternacht auf den Boden des Hauses. Dort durchsuchte er die Schränke, holte sich Zivilkleider heraus, wobei er unbeachtet eine Militärkassette erwarb. Mit ausgezogenen Stiefeln schlich sich L. dann nach dem Parterre, wo er erst einmal tüchtig den Hunger stillte und etwas Kognak trank. Auch für den kommenden Tag sorgte er vor. Wieder auf dem Wege zum Bodenraum spionierte er nach Geld, steckte von einem Bücherbord zwei Bände ein und hielt in zwei Zimmern Umhang. Als er das Gewünschte nicht fand und sich eben aus einem Schlafzimmer entfernen wollte, gewahrte er, daß sich jemand im Bette regte. Ohne Besinnen stürzte sich Lütjohann auf das junge Mädchen, eine Tochter Rundes, und schnitt ihm mit einem Rasiermesser, das er stets bei sich trug und auch beim Kleiderwechsel sofort wieder zu sich steckte, die Kehle durch. Durch den Aufschrei war Frau Dr. Runde herbeigeeilt; sie wurde von dem Unheilmollen gleichfalls angefallen und mit drei Stichen am Hals verletzt. Glücklicherweise waren die Wunden nicht lebensgefährlich. Die Frau konnte sich des Angreifers erwehren, bis ihr Säwiegelerohn zu Hilfe eilte. Als dieser dem Täter den Revolver vorhielt, steckte er um sein Leben. Der Angeklagte ist während der Verhandlung sehr einflüßig, er findet für die Erklärung der graufigen Tat fast keine Worte. Er will geistig nicht normal und für seine Taten nicht verantwortlich sein. Der rhythmische Sachverständige Professor Dr. Waigand (Hamburg) hat den Angeklagten 8 Wochen lang beobachtet, aber keinen Inhaftspunkt gefunden, der die völlige geistige Zurechnungsunfähigkeit ausschließt, wenn er auch als etwas geistig minderwertig angesehen werden müsse. Zu dem gleichen Ergebnis gelangte der Leiter unserer Frauenanstalt, Dr. Wattenberg, der den Angeklagten während der Verhandlung beobachtete. Der Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Hennrich, den Angeklagten in Strafbefreiung nach einmal eingehend zu untersuchen, wurde abgelehnt. Der Verteidiger plädierte auch dafür, den Angeklagten nicht für überführt zu erachten, die Tat mit Überlegung begangen zu haben. Jedenfalls stehe kein Gewohnheitsverbrecher vor dem Gerichtshof. Der Vertreter der Anklagebehörde ersuchte, den Angeklagten in allen Punkten für schuldig zu erkennen. Das Kriegsgericht schloß sich nach längerer Beratung der behauptenden Ausführungen des Anklagevertreters an. Das Urteil lautet daher: Wegen Mordes an der Friede Runde zum Tode, dauernder Verbannung der bürgerlichen Ehrenrechte und Entfernung aus dem Heere, wegen versuchten Mordes an Frau Dr. Runde zu 5 Jahren Zuchthaus, wegen Fahnenflucht im Felde zu 5 Jahren Gefängnis, wegen Einbruchsdiebstahls zu 1 Jahr Gefängnis. Zulammengezogen 8 Jahre Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, Verbannung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, Entfernung aus dem Heere und dauernde Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte nahm das Urteil mit derselben Stille an, wie er der Verhandlung gefolgt war.

Der Anspruch der Ehefrau auf Kriegswohnhilfe bei Entlassung des Ehemannes vom Kriegsdienste. Das Reichsamt des Innern hat sich dahin ausgesprochen, daß mit dem Augenblick, wo der Ehemann vom Militärdienst entlassen wird, er seine Erwerbstätigkeit wieder aufnimmt, und er damit auch wieder selbst für seine Familie sorgen kann, der Antrag fortfällt, der zur Gewährung der Kriegswohnhilfe geführt hat. Wenn dieser Bescheid auch nach dem Wortlaut der Kriegswohnhilfsbestimmungen als zureichend angesehen werden muß, so darf aber auch zugleich die Erwartung ausgesprochen werden, daß nicht gar so ungherzig darauf verfahren wird. Man wird den Nachdruck auf die Worte zu legen haben, daß der Entlassene seine Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen haben muß.

Die Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Dezember 1915 beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 60 716,40 Mk., Gewerbesteuer 151 420,64 Mk., Vermögenssteuer 221, — Mk., Grundsteuer 6 434,28 Mk., Erbschaftsteuer einschließlich Erbschafts- und Zugabe zur Reichserbschaftsteuer 514 495,88 Mk., Veräußerungsabgabe 5133,43 Mk., Stempelabgaben 3531,70 Mk., zusammen 741 943,28 Mk., gegen 296 617, — Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin mehr 445 326,28 Mk. Vom 1. April bis Ende Dezember 1915 gingen insgesamt 5 567 228,76 Mk. ein gegen 5 177 071,49 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1915 mehr 390 157,27 Mk.

Die Lübecker Straßenbahnfahrer haben nunmehr auch in Lübeck infolge des Streiks ihre Anstellung gefunden, nachdem

Berlin, Hamburg und zahlreiche andere Städte längst damit vorangegangen waren. Ihre Dienstkleidung entspricht derjenigen ihrer männlichen Kollegen, die mehr und mehr zum Heeresdienst eingezogen werden. Vorläufig sieht man die Schaffnerinnen der Straßenbahn hier noch veranzelt, aber ihre Zahl wird mit der weiteren Dauer des Krieges wachsen. Möge bald die Zeit kommen, wo diese Frauen und Mädchen wieder ihren weiblichen Beruf nachgehen können.

Vater auf Urlaub! „Vater kommt auf Urlaub!“ Er kommt wirklich einmal nach all den langen Monaten zu uns aus Frankreich in die Heimat. So hatte die Mutter ihren beiden Kindern Hans und Martha freudestrahlend erzählt. Soeben hatte nämlich der Briefträger einen Feldpostbrief von dem Vater gebracht, und darin stand es, daß er nächste Woche kommen wird. Freudevoll hüpfen Bub und Mädel in der Wohnung umher, nur von dem einzigen Gedanken erfüllt: Vater kommt! 16 Monate lang es her, daß Bub und Mädel ihren Vater das sechste mal umarmten und er sie an seine Brust drückte. Welch eine Zeit für ein Kinderherz. Und was hat sich alles in dieser Zeit ereignet! Mutter war einmal krank gewesen, hatte sich aber bald wieder erholt. Heute ist das wieder alles vergessen.

Endlich naht der Freudentag. Um 3 Uhr sollte der Zug einlaufen. Mutter und Kinder eilten zur Bahn. Mit Ungeduld warteten sie Minute um Minute. Die Mutter konnte die Kinder kaum halten, als der Zug so nahe war, daß der Vater aus dem Fenster winkend zu sehen war. Und nun kam der Augenblick, wo Hans und Martha ihren lieben Vater einmal umfassen konnten in überschäumender Freude. Mutter konnte kaum ihren Mann begreifen. Die beiden hatten ihn vollständig mit Beschlag belegt. Es ging der Wohnung zu. Eine schwache Träne — ein Freudenträne — rollte über das weitergebräunte Gesicht des Landwehrmannes. Er fand Frau, Kinder und Wohnung so vor, wie er sie vor 16 Monaten verlassen. Und nun mußte Vater erzählen vom Kriege und wie es in Frankreich aussah.

Doch kurz nur ist der Freudentag, die frohen Tage verziehen schnell. Abermals naht die Trennungstunde. Mutter und Kinder begleiteten den Vater wieder zur Bahn. Ein herzlicher Abschied, und fort fährt der Zug — wieder nach dem Westen. Noch lange standen Mutter und Kinder auf dem Bahnsteig und winkten dem Vater zu, bis der Zug ihren Augen entwichen war. Auf Wiedersehen — bald!

Die Veranstaltungen der Lübecker Sängerschaft während der nunmehr fast 1 1/2-jährigen Dauer des Krieges haben, wie man uns schreibt, dazu beigetragen, erheblich Summen für wohltätige Kriegszwecke herbeizuschaffen und es ist zu hoffen, daß bei Beginn des Frühjahrjahres sich die Sängerschaft wiederum zusammenfindet, um weitere Mittel herbeizuschaffen. Beachten doch die drei bisherigen Veranstaltungen fast 12 300 Mark zusammen und zwar am 18. Oktober 1914 6298,61 Mk., am 25. April 1915 2747,38 Mk. und die Geiselsfeier trotz der erheblichen Unkosten 3244,24 Mk. Diese Summen gelangten an das Rote Kreuz und seine Unterabteilungen (Lazarettzug, Liebesgaben für Lübecker Krieger), sowie für die Kriegshilfe zur Verteilung.

Eine eigenartige Wurfsteingabe. Man schreibt uns: Nach Blättermeldungen hatte der Verband der Delikatwarenhändler Deutschlands in einer Eingabe an den Berliner Magistrat Protest erhoben gegen die Höchstpreise für Delikatwaren, deren Normierung von den Verbrauchern zwar als viel zu hoch und als ein zu starkes Entgegenkommen an die Händlerwünsche empfunden, trotzdem aber wenigstens grundsätzlich mit Genugtuung aufgenommen worden war. Der Protest der Wurfhändler geschah nur unter mehrfacher Betonung des „Interesses der Konsumenten und (1) Verbraucher.“ In Wirklichkeit wurde eine weitenläufige Herausforderung über überhaupt eine Beilegung der auf 2,00 Mk. festgesetzten Höchstpreise bezwagt. Anschließt sollten einige Wurfhändler nicht unter 2,00 Mk. beim Jubiläum erhältlich sein. Offenbar handelte es sich bei der Eingabe der Wurfhändler, wie leicht verständlich, um eine Verhöhnung des Händlers, nicht des Verbrauchers. Auch der als Schrecknis an die Wand gemalte direkte Postbezug durch die Konsumenten bedeutete ja nur für die Händler nicht für die Verbraucher eine Gefahr. Machte die Eingabe also schon durch diese Verhöhnung der Motive einen eigenartigen Eindruck, so erst recht durch die weiteren Ausführungen. In der Broschüre war ein freizeitendes Reichsgerichtsurteil über eine hannoversche Wurfhändlerin wegen Verhöhnung der dortigen Höchstpreise für Braunschweiger Mettwurst wiedergegeben worden. In dem als Begründung dekretiert sein sollte, daß die Gemeinden Höchstpreise nur für die am Orte gewonene Erzeugnisse festsetzen dürften. Die Eingabe der Delikatwarenhändler behauptete sogar, daß der Wortlaut dieses Reichsgerichtsurteils im Verbandsbureau vorliege und verlangte vom Berliner Magistrat, wieder „im Interesse der Konsumenten“, schleunige Maßnahmen (gemeint war die Aufhebung aller Höchstpreise) und Beilegung der Unklarheiten und Unsicherheiten infolge der neuen Entscheidung des obersten Gerichtshofes. Nun wird plötzlich bekannt, daß der Sach über die Beilegung gemeinsamer Höchstpreisfestsetzungen, der in den Kreisen der deutschen Kommunen begrifflicherweise lebhafteste Anstrengung erweckt hatte, in dem Urteil überhaupt nicht enthalten ist, und daß alle Bestürzung zum Glück unbegründet gewesen ist. Man muß daher unwillkürlich die Frage aufwerfen, ob zwischen den eigenartigen Unterlagen für die Wurfhändlervereinigungen und der fast noch eigenartigeren unrichtigen Zitierungsmeldung nicht irgendwelche (natürlich „konsumentenfreundliche“) Beziehungen bestehen könnten.

Unerwartete und unangebrachte Sparrezepte. Der Krieg legt weiten Kreisen der Dagegengelesenen mehr oder minder erhebliche Einschränkungen auf. Jeder sucht sich, so gut es eben geht, mit den harten Tatsachen abzufinden. Auf manche liebgewordene Gewohnheit muß Verzicht geleistet werden. Die größte Schwermertigkeit beginnt da, wo immer schon Schmalhans Küchenmeister war. Seit Beginn des Krieges bemühen sich nun Leute durch Aufstellung besonderer Rezepte, gerade der ärmeren Bevölkerung Fingerzeige zu geben, wie es am besten gemacht werden kann. Da kommt es neben manchen praktischen Ratshlägen auch zu Vor schlägen, die einmal ganz verfehlt sind, dann aber auch den Beweis liefern, daß viele gute Leute von der Lage und den Lebensweise der ärmeren Bevölkerung nicht das geringste Verständnis haben. Das geht aus Rezepten hervor, die wir in einigen Nummern des halbamtlichen „Nachrichtendienstes für Ernährungstragen“ finden. Da heißt es unter anderem in einer Abhandlung über „Der Haushalt der Arbeiterfrau“:

„Für das Mittagbrot muß sich die Festlegung nicht nach Wunsch, Geschmack, Auffassung oder Gemohnheit richten, sondern nach den Nahrungsmitteln, die jeweilig am billigsten erhältlich sind. Man muß nicht Kartoffeln essen wollen, wenn Grünkohl wesentlich billiger ist, und man darf sich nicht auf Schweinebauch verlassen, wenn saure Kartoffeln oder Kartoffeln mit Sauerkraut billigere Herstellung ermöglichen.“

Und des Wunders? Butter ist knapp und teuer. Billiges Schmalz ist ebenfalls nicht vorhanden. Hilft da etwas Wurst? Nein, sondern nur Nachdenken und Eintreten. Wer halt jetzt noch frische Wurst im Topf, um die außerordentlich nahrhafte und fettreiche Wurstbrühe genießen zu können? Früher war dies allgemein üblich. Warum soll es nicht wieder zur Einführung kommen? Eine ganze Maßzeit wird gewonnen, denn die Wurstbrühe gibt mit Salzartoffeln entweder eine besondere Mahlzeit oder sie gestattet einen nicht unbedeutend niedrigeren Einkauf als sonst.

Mit der Gemohnheit, zur Abendmahlzeit nur Brot, Butter oder Wurst zu geben, muß gebrachen werden. Die kalte Küche ist die kostspieligste. Und wenn über den Bedarf für das Mittagbrot hinaus Sauerkraut oder Kohl auf Vorrat gelagert wird, so kommt dieser gewärmt mit einer dampfenden und weichen Salzartoffeln am nächsten Tage zum Abendessen besser als frisch gefoch.

Auf diesen Wegen lassen sich leicht Abwechslung und Gesundheit nisse leisten in den einfachsten Haushalten. Auch in der Küche der Arbeiterfrau muß mit den Gemohnheiten früherer Zeiten gebrochen werden und das veraltete Rezepten, die den Verhältnissen zu unangeeignet sind, aufgegeben.

Wer in den Haushalt einer Arbeiterfamilie hineingesehen hat, der weiß, in welcher Weise dort eingeteilt wird, je nachdem das Bortemonaie es zuläßt. Und wer gar als Armenpfleger in den Haushalt der Armen hineinkommt, wird erzählen können, daß selbst die vorstehend empfohlenen Rezepte wegen Mangel an Mitteln nicht ausgeführt werden können, ganz abgesehen davon, daß körperlich Arbeitende, ob Mann oder Frau, auf die Dauer ihre Arbeit nicht ausführen können, wenn sie nicht genügend Ernährungsstoffe ihrem Körper zuführen. Böttig unangebracht scheinen uns aber Ratsschlüsse, die wir in Nr. 30 der „Ernährungsfragen“ für die Lebenshaltung der Kleinfamilien finden. Dort lesen wir:

Das Leben verläuft für die Daheimgebliebenen weit gleichmäßiger und ruhiger. Aber der Tag hat 24 Stunden und die Kriegszeit verlangt die Ausnutzung dieser Zeit.

Für jeden ergeben sich wöchentlich Stunden, die dem Interesse der Familie gewidmet werden können. Es sind Stunden, in denen sich viel erreichen läßt. Holzabfälle von Holzplanken und Sägen können billig erworben und nach Hause geschafft werden, ebenso Kohlen und Koks aus billigeren Bezugsquellen. Das Holz muß geschlagen und tüchtig und offenherzig gemacht werden, so daß der wöchentliche Bedarf immer zur Hand ist.

Ganz erhebliche Beträge werden auf diesem Wege erspart, denn gerade das „von der Hand in den Mund leben“ beim Feuerungsmaterial verteuert die Lebenshaltung nicht unwesentlich.

Den kleineren Kindern muß gleiche Sparbarkeit eingeschärft werden. Es gibt keine Straße in den Städten, in der nicht von Abladungen oder Durchfahrten der Kohlenkähne und Holzreste umherliegen. Die Kinder müssen angehalten werden, darauf zu achten. Es darf aber nicht vergessen werden, ihnen hierbei einzuschärfen, nur das zu sammeln, was herrenlos herumliegt.

Größere Kinder müssen, so weit Geleg, Recht und die Gesundheit der Kinder es zulassen, mitverdienen helfen. In fast allen Geschäften ist Bedarf an Laufboten, an Boten für kleinere Gänge und Abtragungen. Und wenn nach des Vaters Anordnung die Pflichten der Kinder richtig eingeteilt und innegehalten werden, wird sich die Zeit ergeben, die übrigbleibt, um den Verdienst zu vermehren.

Ratsschlüsse, wie sie hier gegeben, sind praktisch kaum ausführbar. Wo in aller Welt liegen denn Holzreste und Kohlenstücke „herrenlos“ so umher, daß sie so ohne weiteres aufgelesen werden können. Das mag in Einzelfällen geschehen und geschieht auch oft unter großen Gefahren, aber im umfangreicheren Maße ist das nicht möglich. Ganz zu schweigen von den „billigen“ Bezugsquellen für Holzabfälle.

Was endlich den Hinweis auf die Kinderarbeit betrifft, so hat der Krieg leider schon eine harte Aufschlüsselung der Vorschriften des Kinderbeschäftigungsgesetzes mit sich gebracht, als daß eine besondere Empfehlung der Kinderarbeit angebracht wäre. Je mehr die Kinder frühzeitig hineingezogen werden in das Erwerbsleben, desto größeren Gefahren an Leib und Seele gehen sie entgegen. Die steigenden Missetaten der in Fälschungsbürokratie Ueberweisungen reden eine zu deutliche Sprache. Der Ratsschluß, die Kinder mehr zur Erwerbsarbeit herausziehen, widerspricht dem dringenden Wunsch nach Heranziehung einer Generation, die geistig und körperlich ihren Aufgaben in Staat und Gesellschaft gewachsen sein soll.

Die Regenmenge im Jahre 1915. Die Jahressumme der Regen- und Schneewassermenge ergab, nach den Feststellungen der Fiedler Regenstation, 685,3 Millimeter an 126 Regentagen und 24 Tagen mit Schnee. Im Jahre 1914 waren 748,8 Millimeter. Am regenreichsten waren die Monate Juli und Dezember. Im Monat Juli waren 120,0 Millimeter und im Dezember 140 Millimeter gemessen. Auch an den Tagen die Juni- und Septembernächte. In dieser Gegend dürfte aber nicht als weniger Regen im

verfloffenen Jahre gefallen sein. Das neue Jahr wird, wenn es so fortgeht, noch regenreicher werden. Ein so hoher Grundwasserstand, wie es seit dem Neujahrstage sich recht unliebsam bemerkbar gemacht hat, ist seit Jahren hier nicht mehr gemessen worden.

Handelsregister. Am 7. Januar 1916 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Kunst-Walzenmühle G. Hinrichsen u. Co., Lübeck: Der Kaufmann J. Engenheim in Hamburg ist am 27. Juni 1915 durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Eingetretten in die Gesellschaft ist der Kaufmann A. Caspary in Hamburg. 2. bei der Firma Hermann Richelsen, Lübeck: Der Chefrau M. Richelsen geb. Fentel in Lübeck ist Procura erteilt.

Brückenperre. Die Dankwartbrücke bleibt wegen Ausbesserung von Montag, dem 10. Januar bis auf weiteres für den Fußverkehrs- und Fußgängerverkehr gesperrt.

Die **Berufsberatungsstelle**, Abt. für Mädchen und Frauen und Abt. für Kriegserwitwen, gibt, wie sie uns mitzuteilen ersucht, kostenlos Auskunft in allen Fragen der Berufswahl, des Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Der Hauptzweck der Beratungsstelle ist es, den Oheren die Schule verlassenden jungen Mädchen bei der Berufswahl zur Seite zu stehen. Die Sprechstunden finden statt: jeden Dienstag, abends 8-9 Uhr, Freitag, nachmittags 3-6 Uhr, in der Gewerbetammer, Bretterstraße 40 I, jeden Mittwoch 12-1 1/2 Uhr Stralsdorfer Allee 10a.

pb. Diebstähle. In der Zeit von Mittwoch, den 5. bis Sonnabend, den 8. d. Mts. sind aus einem Hause an der Lindenstraße 95 Nr. 1, ein braunes Portemonaie, ein blauer Lederbeutel und eine Brieftasche mit der Aufschrift „Hans Jürgensen, Flensburg“ gestohlen worden. — Abhandlungskommission und vermutlich gestohlen ist am 8. d. Mts. eine, Ecke der Alffstraße und Untertrave hingekleidet und angezogenes gewelltes, braungefärbtes schottische Karre.

pb. Entwendetes Fahrrad. Am 8. d. Mts. vormittags ist ein vor einer Wirtschaft an der Untertrave ohne Aufsicht und unangekettet hingestellt ameweniges Fahrrad, Marke „Danla“, mit dem vom Vollzeamt geleiteten Nummernschildern 2474, abhandlungskommission und vermutlich gestohlen. Das Fahrrad, an dem sich die Fahrdrehnummer 56535 befand, hat schwarzes Gestell und gelbe Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. An demselben ist eine Rückschlaafingel angebracht.

Stadt-Theater. Spielplan: Entwurf. Dienstag: „Hoffmanns Erzählungen“, Rheintafelische Oper von F. Offenbach. — Mittwoch: „Die Jüdin von Toledo“, Schauspiel von Grillparzer. — Donnerstag: „Lannhauet“, Oper von Richard Wagner. — Freitag: „Ruppenfee“, Pantomimisches Ballettdivertissement von F. Wapser. „Frischen und Lieschen“, Singspiel von F. Offenbach. — Sonnabend: „Maria Stuart“ von Fr. v. Schiller.

Bremen. Landeserrat. Eine schwere Strafe wurde vom Kriegsgericht Hannover über einen Kartoffelhändler aus Bremen verhängt. Der Händler hatte in Holland große Mengen Kartoffeln — angeblich für Deutschland — aufgekauft und hat sie nach England weiterverkauft. Er wurde deshalb zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Neueste Nachrichten. Die Kriegslage.

Erfolge im Westen.

225. Großes Hauptquartier, 10. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsjahresplan.

Nordwestlich von Baffiges, in Gegend des Gehöftes Maison de Champagne, führten Angriffe unserer Truppen zur

Begnahme der feindlichen Beobachtungsstellen und Gärten in einer Ausdehnung von mehreren hundert Metern. 423 Franzosen, darunter 7 Offiziere, 5 Maschinengewehre, ein großer und sieben kleine Minenwerfer fielen in unsere Hand. Ein französischer Gegenangriff östlich des Gehöftes scheiterte.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader griff die feindlichen Stappeneinrichtungen in Fournes an.

Westlicher Kriegsjahresplan.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Bei Berezian wurde ein Vorstoß einer stärkeren russischen Abteilung abge schlagen.

Balkanriegsjahresplan.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Englisches Dinienschiff gesunken.

London, 10. Januar. (Privattelegramm des „Lübecker Volksboten“.) Wie das Reutersche Bureau meldet, ist das englische Dinienschiff „King Edward VII“ auf eine Mine gestoßen und bei dem hohen Seegang gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden. Der Ort, wo sich die Katastrophe ereignet hat, ist nicht bekannt.

Das Schiff ist 1903 vom Stapel gelassen und hatte einen Tonnengehalt von 16 600 Tons. An Bord waren 40 Geschütze und 4 Torpedo-Abstoßrohre. Die Besatzung betrug in Friedenszeiten 780 Mann.

Kopenhagen, 9. Januar. Nach einer Londoner Nachricht der „Politiken“ hat Asquith die zurückgetretenen drei Mitglieder der Arbeiterpartei gebeten, im Amte zu bleiben. Falls in der 2. Lesung eine nennenswerte Opposition gegen die Wehrpflicht-Bill aufträte, sei Asquith entschlossen zurückzutreten und Neuwahlen auszusprechen. Die entschlossene Haltung der Regierung, die noch immer nach jedem möglichen Kompromiß greift, zeigt sich am deutlichsten in den großen Anstrengungen, die für die heute neu einsetzende Werbekampagne Lord Derby gemacht werden, und in der gleichzeitigen Erklärung der Regierung, daß die Frist für die freiwillige Einschreibung um 6 Wochen verlängert werde.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwias, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Druckfachen

jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46

Vorschub- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Annahme von Spareinlagen.

Verzinsung 3 1/2 %

festе Belegung nach Uebereinkunft.

Bis zum 10. Januar eingezahlte Einlagen werden vom 1. Januar ab verzinst. 125

Verkauf lebender Butt

von Post aus am Dienstag, dem 11. Januar vormittags von 8 Uhr ab an der Fischauktion. Gut: 1000 Stück. 125

Konten- und Kommissionsstrassen

Sitzung

des erweiterten Ausschusses des Gewerkschaftshaus am Dienstag, 11. Januar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. 127

Deutscher Metzger-Verband

Die Sitzung am 7. Januar, nach dem neuen Kollege Gustav Polster. 129

Die vielen Schwänze und Gebilde unserer Lübecker Metzger herzlich W. Subrier und Frau. 125

Deutscher Metallarbeiterverband

Der Vorstand am 5. Januar, nach dem neuen Mitglied, die Lübeckerin Johanna Matzfeldt. 125

Danksagung.

Der Vorstand am 5. Januar, nach dem neuen Mitglied, die Lübeckerin Johanna Matzfeldt. 125

Leinwandmüll-Tasche

Der Vorstand am 5. Januar, nach dem neuen Mitglied, die Lübeckerin Johanna Matzfeldt. 125



Am 5. Januar starb im Feldlazarett zu Charleville infolge seiner schweren Verwundung
Herr Heinrich Bruns
Landsturmmann in einem aktiven Inf.-Regt.
den Heldentod fürs Vaterland.
Ich betraure in dem Dahingegangenen einen fleißigen, gewissenhaften Mitarbeiter, der mir in 16jähriger Tätigkeit zur Seite gestanden hat und werde sein Andenken treu in Ehren halten. (133)
J. F. B. Grube.



Infolge seiner schweren Verwundung verschied im Feldlazarett zu Charleville unser lieber Kollege, der Landsturmmann
Heinrich Bruns.
Wir vermissen in dem Dahingegangenen einen ausgezeichneten lieben Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden. (132)
Das Personal der Firma J. F. B. Grube.

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 5 Pfennig

hält vorräthig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (126 Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71

Metallbetten

an Private, 124
Holzrahmenmatratz., Kinderbett.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Krieg und Geschlechtskrankheiten

Ein Wort an die Frauen von Schwester Lydia Ruehland. Preis 20 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Uhren-Reparatur-Werkstatt

Goldwar.-Reparat.-Werkstatt (122) Willi Westfahlung, 122 Holstenstr. 122

Plakate

Preis-Verzeichnis für Lebensmittel

usw.
(Folien-Verordnung vom 22. August d. J.)
und zum Preise von 30 Pfg. erhältlich in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Deutsch-Polnisch.

Sprachbüchlein für Feldsoldaten.
— Preis 15 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Berufsberatungsst. für Mädchen, Frauen u. Kriegserwitw. Sprechst. Dienst abends 8-9 Uhr, Freitag 5-6 Uhr in der Gewerbetammer, Breite Str. 40, I. Mittw. 12-1 1/2 Uhr Stralsdorfer Allee 10a. (137)

Achtung! Kohlenarbeiter!

Versammlung

am Dienstag, 11. Januar 1916 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: Berichterstattung der Lohnkommission. (136) Der Vorstand. NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.

Stadtheater.

104
Dienstag, 11. Januar 1916: Anfang 8 Uhr:
Goffmanns Erzählungen
Phantastische Oper von J. Offenbach.
Mittwoch, 12. Januar 1916: Anfang 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo
Schauspiel von Grillparzer.
Donnerstag, 13. Januar 1916: Abends 7 1/2 Uhr:
Tannhäuser.
Oper von Rich. Wagner.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu der Sitzung der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern,

die am 7. d. Mts. unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers Frhrn. v. Schorlemer-Lieler tagte, wurden die Frühjahrsvorlegung und -verteilung, der Zusammenschluß des Viehhandels und die Verstärkung des Zuckerrübenbaues besprochen.

Es wurde einstimmig befürwortet, unbesetzt der Winterverförmung der Kartoffelbedarfsgebiete in der bisherigen Weise, die Frühjahrsvorlegung von Speisekartoffeln und die Deckung des Bedarfs der Stärkefabriken und Trocknerien unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern zu bewirken. Eine genaue Feststellung der in den Bedarfsgebieten vorhandenen Kartoffelvorräte ist im Gange. Ihr Ergebnis wird die Grundlage für die Durchführung der weiteren Maßnahmen bilden, die in den nächsten Tagen von einer kleineren Kommission von Kammervorsitzenden und Regierungsvertretern mit der Reichskartoffelstelle beraten werden.

Die Butterversorgung der Bevölkerung ist nach Ansicht der Kammervorsitzenden durch die Bundesvertragsverordnungen in die richtige Wege geleitet. Die Einführung von Reichsbutterkarten wurde als ungewickelt angesehen. Dagegen sei die Einführung von Butterkarten in denjenigen Bedarfsbezirken geboten, die Butter aus den Vorräten des Zentral-einkaufs beanspruchen.

Allgemeine Höchstpreise für Rindvieh wurden einstimmig nicht für durchführbar angesehen. Dagegen hielt man die vom Landwirtschaftsminister in Aussicht genommene Beeinflussung der Viehpreise im Wege des zwangsweisen provinziellen Zusammenschlusses von Händlern und Vereinigungen von Landwirten für aussichtsreich.

Mit Recht bemerkt die „Voss. Zeitung“ zu diesem offiziellen Bericht: Hoffentlich lassen wirklame Maßnahmen zur Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Kartoffeln nicht allzu lange auf sich warten. In das Lob, das hier die Landwirte der Regierung hinsichtlich der Butterverförmung zollen, werden die Städter, vor allem die Großstädter, kaum unbedingt einstimmen. Warum die Einführung der Reichsbutterkarte ungewickelt sein soll, ist nicht recht ersichtlich. — Hoffentlich vergißt man über die Interessen der Erzeuger nicht auch die der Verbraucher.

Neue Tabaksteuern.

Die „Vereinigten Tabakzeitungen“ teilen mit: Die Vorbesprechungen der Regierung mit den maßgebenden Personen des deutschen Tabakgewerbes über die neue Tabaksteuer sind nunmehr so weit gediehen, daß wohl in kurzer Zeit die endgültige Entscheidung fallen wird. Obwohl über die genauen Einzelheiten vorläufig noch Stillschweigen bewahrt werde, teilt das Blatt mit, daß Zigarrentabak 80—100 Millionen mehr aufbringen solle, und zwar durch Erhöhung des Zolles, wie auch des Wertzuschlages. Der inländische Tabakbau solle dagegen geschützt werden und nur eine ganz geringfügige Mehrbelastung erfahren. Was die Zigarette anlangt, so werde sie wohl von einem Monopol verschont bleiben, zum mindestens für die Dauer des Krieges. Auch die von manchen Seiten befürchtete Erhöhung der Bändersteuer werde nicht kommen. Dagegen sei der Vorschlag gemacht worden, die Zigarette in Form einer Kriegsmarke zu besteuern, die 20 Proz. des Detailverkaufspreises betragen solle. Eine entsprechende Vorlage werde den gesetzgebenden Körperschaften spätestens Anfang März zugehen, und man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß die neuen Steuern bereits am 1. April d. N. in Kraft treten werden.

Milderung des Belagerungszustandes.

Unter dem Belagerungszustand, der seit Beginn des Krieges über ganz Deutschland verhängt ist, werden an sich unbedeutende Vergehen mitunter mit recht erheblichen Strafen geahndet. Die daraus sich ergebenden Härten sollen jetzt

auf dem Wege der Gnade gemildert werden. Auf Anordnung der bundesstaatlichen Justizministerien müssen die Strafvollstreckungsbehörden von Amts wegen sämtliche noch nicht durch Strafvollstreckung erledigten Fälle daraufhin prüfen, ob es der Billigkeit entspricht, Gnadenerweise zugunsten des Verurteilten zu befürworten. Eine solche Befürwortung soll überall dort erfolgen, wo anzunehmen ist, daß das Verbrechen unter normalen Verhältnissen nicht auf Gefängnisstrafe erkannt haben würde.

Der Zustand wird damit allerdings nicht gebessert, daß man die Entscheidung darüber, ob eine Gefängnisstrafe verbüßt werden soll oder nicht, den Staatsanwälden überträgt.

Prämien auf Ausdruck des Getreides.

Der Landrat des Kreises Niederbarnim erwartet in einer Befanntmachung, daß jeder Landwirt unter Zurückstellung der eigenen Interessen für den sofortigen Ausdruck der Bestände an Brotgetreide Sorge trägt, und die Vorräte bis zum 1. Februar an den Kommunalverband abliefern. Das Landesgetreideamt würde sonst in die Lage kommen, unverzüglich den Ausdruck des Getreides zwangsweise auf Kosten der Säumigen zu veranlassen. Andererseits hat der Kreisauschuß erneut eine Druschprämie von 4 Mark für die Tonne desjenigen Brotgetreides bewilligt, das von jetzt an bis zum 1. Februar an die vom Kreise Niederbarnim mit der Annahme betrauten Stellen abgeliefert worden ist.

Aus der Partei.

Der Parteiauschuß

hat am Freitag und Sonnabend in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand in Berlin getagt. Er beschäftigte sich mit dem Stand der Organisation und der Presse, der Situation in der Partei und den Beziehungen zu den sozialistischen Parteien im Ausland.

Der Parteiauschuß nahm am Schluß seiner Verhandlungen mit 28 gegen 11 Stimmen folgende Entschließung an:

„Der Parteiauschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt zu den Vorgehen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite:

Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen.

Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der 20 Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschuß die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs Schärfste zu verurteilen.

Diese Sonderaktion ist zugleich ein scharfer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtfraktion unternommene Friedensaktion zu klären und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis.

Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde“ gegen die Pflicht verstoßen, die ihn sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiauschuß fest, daß der „Vorwärts“ seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts“ die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit vertritt der „Vorwärts“ jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten.“

Aus den Organisationen. Zur Streitfrage in der Reichstagsfraktion nahm am Mittwochabend eine Konferenz der in führender Stellung befindlichen Genossen der Stadt und des Herzogtums Braunschweig Stellung. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde die folgende Resolution gegen sechs Stimmen angenommen: „Die vereinigte Vorstandskonferenz, an der teilgenommen haben: der Bezirksvorstand (für das Herzogtum), der Kreis- und Ortsvorstand des 1. braunschweigischen Wahlkreises, der Vorstand des Gewerkschaftskartells und die politische Redaktion des „Volksfreunds“, erklärt ihr Einverständnis mit der Ablehnung der Kriegskredite im Plenum des Reichstags durch die 20 Fraktionsmitglieder. Sie erklart in dieser Abstim-mung die Erfüllung der Pflichten, die die sozialistischen Grund-sätze und die Beschlüsse der internationalen Kongresse jedem Sozialdemokraten auferlegen. Die Konferenz behauptet, daß auch die übrigen Genossen der Minderheit diese Pflicht nicht erfüllt haben, sie erwartet, daß dieselben sich in Zukunft dem Vorgehen der 20 Genossen anschließen werden. Die Konferenz erklärt, daß keine Fraktionsdisziplin gegen die Grundätze des Sozialismus und die Beschlüsse der internationalen Kongresse bindend sein können. Die Vorstandskonferenz verurteilt dagegen das Verhalten der Mehrheit der Reichstagsfraktion, die durch ihr fortgesetztes Mund-to-machen der Minderheit im Reichstag: erst die jegige Situation heraufbeschworen hat.“

Der Provinzialvorstand der sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover ist einstimmig zu folgendem Beschluß gekommen: „Der Provinzialvorstand verurteilt die Disziplinlosigkeit der 20 Reichstagsabgeordneten, die entgegen dem bisherige Brauch in der Partei gegen die Mehrheitsbeschlüsse der Fraktion im Reichstag gestimmt haben. Er erklart in dem Verhalten der Minderheit einen Disziplinbruch, der zu schwerer Schädigung aller Glieder der Arbeiterbewegung geführt hat. Bisherig war einiges geschlossenes Handeln der Partei und die Stärke der Partei. Das Vertrauen der Arbeiter basierte auf dieser Geschlossenheit, die nun zerstört ist. Der Provinzialvorstand verurteilt insbesondere die Beteiligung des Genossen Haase an dieser parteispaltenden Handlung. Als Vorsitzender der Partei hat er die Aufgabe, die Einheit der gesamten Partei zu erhalten und zu fördern. Da er diese Aufgabe nicht erfüllt, sondern gegen sie handelte, ist er als Vorsitzender nach den in der Partei üblichen Grundätzen der Disziplin unzulässig geworden. Die Parteigenossen in den Wahlkreisen, die der hiesigen Provinzial-Organisation angeschlossen sind, fordern wir auf, ungeachtet der jegigen bemüht herbeigeführten Störung in der Einheit unserer Organisation treu zur Partei zu halten und alles zu tun, um Uneinigkeit aus unsern Reihen fernzuhalten.“

Aus der dänischen Partei. In einem Rückblick über die Tätigkeit der dänischen Sozialdemokratie im abgelaufenen Jahre schreibt der Genosse Stauning u. a.: Die dänische Sozialdemokratie ist von dem Weltkrieg nicht unberührt geblieben; mancherlei Schrecken für die Partei und große Schwierigkeiten für manchen Parteigenossen hat er im Gefolge gehabt, aber er hat uns auch vergrößerte organisatorische Stärke gebracht. Stärker als je zuvor stehen wir bei Beginn des neuen Jahres da. Unsere Presse hat eine größere Ausbreitung gefunden, unsere Organisationen Tausende von neuen Mitgliedern und gegen hundert neue Organisationen sind im Laufe des Jahres entstanden. Als der Krieg ausbrach, wurde der Sozialdemokratie der Untergang prophezeit. Ein Blick auf das entschiedene Jahr zeigt das gerade Gegenteil. Der Fortschritt der Sozialdemokratie ist eine Tatsache. Wir sind bereit, den politischen Kampf, den die andern fürchten, aufzunehmen. Wir haben eine nach allen Seiten hin verantwortliche Politik geführt und können mit Stolz auf den von uns geleiteten Einzug im Staatshaus hinweisen, der nicht der mindesten wertvolle war. So verlassen wir 1915. Und mit der sicheren Gewißheit, daß das Volk die Arbeit der Sozialdemokratie richtig einschätzen wird, treten wir in das neue Jahr, das uns neue, große Kämpfe bringen wird. Die kommenden Wahlen werden unserer Partei neue Fortschritte und größere Stärke bringen und sie befähigen, die Arbeit zur Bereinigung der Unterelassen fortzusetzen. Und worauf wir alle hoffen, ist: daß die Sonne des Friedens im Jahre 1916 die Schatten des Krieges verjagen möge.

„Die Glühlichter“, das Mitteilungsblatt unserer Wiener Genossen, haben mit der letzten Nummer des Jahres 1915 ihr Erscheinen eingestellt, da, wie das Blatt in dieser Nummer mitteilt, ein sozialdemokratisches Mitteilungsblatt unter der gegenwärtigen Zensur in Oesterreich unmöglich ist. Von 22 Nummern wurden nicht weniger als 15 beanstandet und zwar so gründlich, daß gleich das halbe Blatt gestrichen wurde. Konfisziert wurde fast alles, Oesterreicher und Ausländer, Deutsche und Nichtdeutsche, Lebendige und Tote, Alfons Pechold, Robert Grösch, D. E. Hartleben, Adolf Glasbrenner, Anastasius Grün, Moriz Hartmann, Stendhal, Jakobson,

Vater und Sohn.

Eine oberfränkische Vorgeschichte von Heinrich Schaumberger.
4. Fortsetzung.

Wie ein Blitz schlug das Wort in Frieders Seele, grauenvoll erhellte er das Dunkel seines Innern; — die Schmach war keine unklare Empfindung mehr, er wußte jetzt, was ihm fehlte. Von „Stund“ an war er wie umgewandelt. Die so lange unterdrückte Sinnlichkeit brach hervor, das Bild der Bärbel verfolgte ihn im Wachen und Träumen. Es half ihm nichts, daß er erkannte, in welcher Gefahr er stand; es schmeckte ihm nicht, daß er sich seine Grundätze ins Gedächtnis rief — die Leidenschaft war stärker als seine Vernunft. „Du bist unglücklich, und kein Mensch weiß darum; sie allein hat dein Elend erkannt, sie allein hat Mitleid mit dir, sollst du sie deswegen verstoßen? rief es in ihm, wenn er daran dachte, Bärbel aus dem Hause zu tun. Der innere Zwiespalt machte ihn unruhig und hastig; mancherlei begann er, um es halbvollender liegen zu lassen; oft starrte er stundenlang ins Leere, zusammenschredend blickte er dann verstört um sich, oder er trat aus-gelassen frohlich, pfliff und sang die lustigsten Weisen, während doch verhaltener Unmut in seinen Augen glühte. Dazu begann er das Wirtshaus öfter als sonst aufzusuchen, geistige Getränke über Be-dürfnis zu genießen — ein trostloser Zustand! Annelies sagte sich endlich ein Herz, machte ihm Vorstellungen; eine Weile hörte sie Frieder an, brach dann in höhnisches Lachen aus und ließ die tiefgetränkte Frau allein.

Die Befürchtung des Bergbauers schien einzutreffen, der Reu-bau brachte der Schreinersfamilie eitel Jammer und Herzeleid; Johannes ging traurig umher, selbst Auguste vermochte ihm kaum mehr ein Lächeln abzugewinnen, und Annelies klagte ihrer Ge-watterin trübselig: „Ich weiß nicht, was über den Frieder gekommen ist, aber das weiß ich, mit uns nimmt es kein gutes Ende.“ Der Bergbauer schmeig und schüttelte verdrücklich den Kopf, wenn seine Marie in ihn drang, er solle dem Frieder ins Gewissen reden. Als aber dieser zum großen Vergnügen der Bergheimer sogar Streit im Wirtshaus begann, ward es ihm zu bunt, er beschloß, nun nicht länger zu schweigen.

In einem heißen Sonntag nachmittag, der leichte Ostwind trug den süßen Hengeruch vom Herthagrund heran, trat der Schreinersfrieder aus den Hecken der Hausgärten und folgte dem Süddorfer Kirchsteig. Bei den Rotwiesen, wo der Kirchsteig in der Badergasse endet, traf er mit dem Bergbauer zusammen, der, wie er selber, auf dem Weg nach Schlottendorf war. Nach einigen gleichgültigen Bemerkungen über Wetter und Ernte meinte der Bergbauer: „Hör in der Gegend deiner Bau angehen, ich werde damit vorwärts gegangen. Bist froh sein, daß die Un-ruhe und Sorge bald ein Ende nimmt.“

„Ich wollte, mit mir selber ging's zu Ende,“ entgegnete Frieder hinter.

„Frieder, was ist das für eine Rede!“ rief der Bergbauer und sah seinem Nachbar erschrocken ins Gesicht. „Schäm dich! Hast alles, was du dir wünschst kannst — und führst solche Reden? Ich kann nicht anders denken, das Glück hat dich übermächtig gemacht.“

„Neberrichtig! — Daß sich Gott erbarm! Ich will dir mein Glück nicht wünschen, meinem ärgsten Feind nicht.“
„Du verständigst dich! — Was hättest du zu klagen? — Ist dir nicht vom ersten Tag deiner Ehe bis heute geglückt, was du ange-sangen hast? Du bist einer der Reichsten im Dorf, und was noch mehr bedeutet, der angesehenste Mann nicht bloß in Bergheim — gilt dir das nichts? — Dazu hast du eine reichhaltige Frau, einen Sohn so brav und —“

„Und wo steckt das Glück?“ unterbrach ihn Frieder ungeduldig. „Nicht auf, Jörg! Seit ich gezeugen worden bin, die Annelies zu freien, ist mein Herz zu Eis geworden, von da an habe ich keinen Menschen mehr geru haben können, und mir war auch nie-mand aufrichtig gut. Das Leben war mir schon damals zur Last, aber ich meinte, Reichtum und Ehre wäre auch was; das konnte wohl die Liebe erlösen. Drum hab ich danach gearbeitet jahraus, jahrein — und jetzt, da ich's erreicht habe, seh ich, es ist nichts. Was nützt der Reichtum, was hilft Ehre und Ansehen, wenn sich niemand mit mir darüber freut? — Kein Mensch dankt mir für meine Mühe und Plage; ich bin ärmer wie der geringste Tagelöhner; meine Arbeit war vergeblich; die Jahre, die ich dran setzte, um es vorwärts zu bringen, sind weggegangen!“

„Das ist ja schrecklich! — Sage, wie kommst du auf solche Gedanken? — Du warst doch bisher zufrieden.“

„Zufrieden? — Gebuldiger vielleicht. Weißt du, solange ein Nachbar nicht erweckt wird, ahnt er nichts von der Gefahr, in der er steht; ich war auch eine Art Schlafwandler, aber ich wurde angerufen, nun ist's vorbei.“

„Ich verstehe dich nicht! — Wo soll's noch hinaus?“
„Wo es kann! Das Leben ist mir zur Last; es ist zu schlimm, wenn man niemand von Herzen gut sein kann — und darf,“ sagte er leise hinzu.

Kopfschüttelnd schritt der Bergbauer dahin; endlich begann er: „Frieder, so tut es nicht gut, die Gedanken bringen dich ins Elend. Ich will mich nicht in deine Sachen mischen, aber wenn ich dich noch was achten soll, dann fahre nicht mehr solche lächerliche Reden.“

„Du hast gut predigen! Was weißt du, wie es da drinnen in mir ausschaut? — Denkst du mir, was du magst: ich bin so unglück-lich, daß es mir darauf wahrlich nicht ankommt, was du von mir hält.“

„Du sollst dir selber ins Gesicht. Erst beklagst du dich, daß du niemand gut sei, und jetzt behandelst du mich so? — Laß nur zu, Frieder! Denn wird's freilich bald Wahrheit werden, was du dir jetzt einbildst, denn wirst du bald allein stehen — du müßtest denn Sauz- und Kartbrüder für Freunde rechnen.“

„Ich dachte, darauf würde es hinaus laufen.“
„Wer hat dich an mich geschickt, die Annelies oder der Johannes?“

„Fui, Frieder, jetzt sehe ich, daß du ganz gering von mir denkst.“

„Du etwa besser von mir? Siehst du nicht ein, daß ich nicht anders kann? — Ohne Freude hält es kein Mensch aus, und wo soll ich das Vergnügen suchen, wenn nicht im Wirtshaus? — Und Jörg, wenn mir das Bier zu Kopf steigt, dann habe ich keine Ruh vor den wüsten Gedanken, die — o komm! — die Gedanken los werden!“

„So weit ist's mit dir? Ich hab' dich für einen Mann ge-halten, verzeih' mir, ich tat dir unrecht.“

„Was willst du damit sagen?“
„Die Spaken werden es bald von den Dächern jähren! Ich habe dich warnen wollen — aber wenn nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen.“

Ohne Gruß wendete er sich ab in das Süddorfer Wirtshaus, vor dem sie eben angekommen waren. Frieder stand eine Weile still und sah dem Bergbauer mit zusammengekniffenen Lippen nach. Die Spaken werden es bald von den Dächern jähren; — was er damit meinte? kam er im Weitersprechen. Sollte er ahnen? Dum-mheit! Wie kann er wissen, was ich selber nicht wissen will? — Und er soll nicht recht behalten, nie und nimmer. Ich bleib der Schreinersfrieder. Kein, nein, nicht! Ich werde mich nicht dem Berg-bauer zum Trost nicht!“ Wie zur Bestätigung seines Entschlusses rief er den Stroh heftig in die Erde.

Brav und treu.

Vater, ich möchte Euch was sagen,“ begann Johannes, als es am Sonntag nachmittag allein mit dem Vater in der Stube war. „Was ist's?“ fragte Frieder und blickte verwundert von seinem Schreibtisch auf.

„Seht,“ meinte Johannes zögernd und neigte an seiner Seite, „der Bau ist bald fertig, bis zum Winter sind wir im neuen Haus lange eingezogen, dazu haben wir jetzt gerade zwei tüchtige Gesellen — auf den Hausmitteln und den Martin könnt Ihr Euch in allen Stücken verlassen — und zwanzig Jahre bin ich auch gewesen.“

„Bin neugierig, wo du hinauswilst,“ unterbrach ihn Frieder, legte die Papiere zusammen und brannte seine Pfeife aus. „Ist am Ende gar betrunken?“

Götze und Wieland, ja selbst Grimms, waren vor zur Zeit des
Näheren Krieger gelebt hat, fand keine Gnade.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom gewerkschaftlichen Bürgerfrieden. Die unbedeutende
grüßliche Keramikarbeiterorganisation hat kürz-
lich ein Flugblatt an die jungen Arbeiter verbreitet, in dem fol-
gendes Bürgerfriedensgesetz vorkommt: „Der junge Arbeiter soll auch
rechtlich lernen, was heute allgemein besprochen und diskutiert
wird. Er soll die Unterwürfigkeit lernen zwischen der Wahr-
heit der uns umgebenden Wirklichkeit und den Agitations-
phrasen der religions- und staatsfeindlichen
sozialdemokratischen Bewegung. Er soll in den
Stand gesetzt werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden und den
berufsmäßigen Jugendverderbern Rede und Ant-
wort zu geben. Er soll die große Bedeutung der grüßlichen nation-
alen Arbeiterbewegung richtig kennen und verstehen lernen.“

Und der Hauptausdruck der gelben rationalen
Arbeiterverbände hat einen Kalender herausgegeben, in
dem jeder Hinweis über Not und Entbehrung der Arbeiter fehlt,
dafür aber wird die Sozialdemokratie hös verhöhnt. Es heißt
da auch, daß den freien Gewerkschaften verlorene Streiks
widerkommen seien; diese schafften unter den Arbeitern doppelte
und dreifache Unzufriedenheit, die von den Führern für die po-
litischen Wahlen geschickt ausgenutzt würde. An anderer
Stelle wird über den Zusammenbruch der sozialdemokratischen
„Internationalen“ geredet, aber es wird vergessen zu sagen, daß
der Weltkrieg auch das gewünschte und beginnende Aufkommen
einer gelben Internationalen zutage gefördert hat. Daß der
Kalender auch den nötigen Haß gegen andere Völker kultiviert,
versteht sich von selbst.

Eine Konferenz der Reichsleitung der Eisenbahner. Unter dem
Vorstand des Sektionsleiters Brühner tagte am 2. Januar im
Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Vertreter der
Ortsgruppen der im Deutschen Transportarbeiterverbande orga-
nisierten Eisenbahner. Wichtigster Gegenstand der Beratung war
die Frage des Koalitionsrechtes. Nach einem Referat des Ver-
bandsvorsitzenden Schumann und eingehender Diskussion folgte
die Konferenz folgende Entschliessung: „Die am 2. Januar 1916
in Berlin tagende Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen der
im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Eisen-
bahner hält nach wie vor an der grundsätzlichen Forderung der
unbedingten Sicherung der Ausübung aller Staatsbürgerrechte
für die in staatlichen Betriebsanstalten (Eisenbahn, Post, Tele-
graphie) beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fest.
Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Aufhebung der gegen das
Koalitions- und Versammlungsrecht der Eisenbahner und Bedien-
sten gerichteten Bestimmungen durch die Eisenbahnverwaltungen.
Sie erklärt in der Befestigung der die Gewerkschaften von den
Eisenbahnbetrieben ausschließenden Verbote eine Möglichkeit, die
Interessenvertretung der Arbeiter und Bediensteten so zu gestal-
ten, daß diese ohne einschneidende Differenzen ohne Gefährdung des Be-
triebswesens ihre Erledigung finden können. Die Konferenz lehnt
die auf Schaffung eines besonderen Staatsbürgerrechtes gerichteten
Bestrebungen ab. Sie ist der Ansicht, daß die gesetzliche
Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse der in staatlichen
Betriebsanstalten Beschäftigten im Rahmen eines allgemeinen
deutschen Arbeiterrechtes zu erfolgen hat.“ Die Konferenz nahm
weiterhin Stellung zum Verhalten der Sektion der Eisenbahner
des Transportarbeiterverbandes gegenüber anderen Organisations-
formen und hat dem ein in vorbereitende Erörterungen der nach-
dem Artige zu schaffender Organisationsveränderungen. Sie nahm
mit Befriedigung Kenntnis von dem Beschlusse des Verbandsvor-
standes, wann am 8. Januar der „Wohlfahrt“ wieder erscheinen
soll und erledigte einige andere Angelegenheiten der Sektion.
Die Verhandlungen nahmen durchweg einen allseitig befrucht-
enden Verlauf und werden nicht ohne betrübende Wirkung auf
die weitere Entwicklung der Organisation sein.

Die Feuertaufe.

(Schluß.)

„Inferno!“
Was ist eine Reihe niederhängender Kameraden. Wir hat-
ten Glück gehabt. So weit wir leben konnten, war niemand ge-
troffen. Finger und Finger wurden die Spange. Wir heren nur
noch in Gruppen vorwärts, an dem Grunde für ein großes Ziel
zu streben. Dieses Gefühl gelangte in niedrige Erregung.
Da war auch unter Gruben, und aus der höheren Deckung
hervor wälzten uns die Kameraden mit Geschrei und Spaten zu.
Das gab eine Kraft. Einfach hier und dort, sprangen wir auf
und liefen schnell und geduckt hinein. Es gelang uns, und damit
lebten wir bis zur gefährlichen Aufgabe, in die weitere Stellung er-
reichten, ohne Verluste gelassen.
Unser Kommandant riefen rasche Schritte an, und kaum hatten
wir uns mit den neuen Kameraden bekannt gemacht, als auch

„Das wäre doch zu bald,“ sagte Johannes. „Nein, ich habe
ein anderes Verlangen. Mein Gewissen verheißt mir so schnell,
habe ich heute in Euch viel zu danken, was aber das Rechte und
Sichere betrifft, und besonders das Ziel, ohne das ein
Sprenger gar nicht denken kann, bezweifle ich sehr, ob es
nicht doch ein Ziel hätte, das nicht nur die Kameraden, sondern
auch die Kameraden und Kameraden hätte, und der zweiten Art ist
die Kameraden, denn ich's nach zu was bringen.“

„Aber sag die Schritte hinaus. Sagen als Johannes Gehele
ward, heute er davon gedenkt, ich ein eine Spalte zu sein, verheißt
es aber nur Jahr zu Jahr und ergeht sich nur, daß ich Johannes
sagt. „Ja, ja!“ antwortete er. „Die Sache ist mir sehr wichtig
im Kopf heranzutragen, aber heute geht's nicht, warte die über-
morgen.“

„Ich bin Euch überlegt, sein. Der weiß, was heißt
bedeutend, ich meine, gerade diesmal heißt sich's besonders gut.“
Durch den Weg und viele Schwierigkeiten lagen geliebter, so
wären in Winter eingetreten werden.

„Das wird uns nächstes Jahr nicht helfen gehen, handelt ihr
nicht. Ich, so hat mir der Jungenskommandant gesagt, er treibe
den Tag bei uns.“

„Sag mir, wo ist das Geld hernehmen?“
„Die paar Gulden, die ich mir heute, richtig meinst
nicht, aber ich will mich ihnen anschauen, daß ich Euch nicht
zu sehr zu sehr.“

„Ja, ja.“ — „Sag's mir, woher hast du das Geld?“
„Sag's mir, du hast doch was hergeben.“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Die Sache ist ein kleines Geld.“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

„Sag mir, was hast du heute hergeben?“
„Sag mir, was hast du heute hergeben?“

Aus dem Gerichtssaal.

Zwei Monate Gefängnis für Nahrungsmittelverfälschung. Vor
der Dresdener Strafkammer hatte sich der Bäckermeister Ernst
Franz aus Kloßke wegen Nahrungsmittelverfälschung zu verant-
worten. Franz hatte zur Stärkung des Brotes in das Mehl
10 bis 15 Prozent völlig unverdauliches Holz-
mehl gemischt. Der Bäckermeister wurde zu zwei Monaten
Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil wird
in allen Dresdener Zeitungen veröffentlicht werden; das Geschäft
des Bäckermeisters wurde geschlossen.

Gefängnisstrafen für Butterwucher. Empfindliche Strafen
wurden in Straßburg i. El. gegen mehrere Händlerinnen
verhängt, die auf dortigen Wochenmärkten für Butter höhere
Preise als die von der Marktcommission festgesetzten verlangt
hatten. So erhielt die Händlerin Marie Thal aus Hüttendorf,
die 2,30 Mk. für Butter statt der festgesetzten 2 Mk. verlangt hatte,
eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die Händlerin
Antonie Nagel aus Mittelschaffolsheim und Neja Nagel aus
Wommenheim, die 30 und 50 Pfg. über den festgesetzten Tages-
preis verlangt hatten, eine Gefängnisstrafe von je sechs
Wochen.

Aus Nah und Fern.

Weitere Beschränkung des Versammlungsrechtes. Für den
Bereich des 1. Armeekorps (Sitz Königsberg) ist folgendes ver-
ordnet worden: Soll in einer öffentlichen oder nicht
öffentlichen Versammlung ein Vortrag über militä-
rische Angelegenheiten oder über die Kriegs-
ziele gehalten werden, so muß er vorher schriftlich abgefaßt und
die Niederschrift muß der zuständigen militä-
rischen Zensurbehörde zur Genehmigung vorge-
legt werden. Die Genehmigung erfolgt durch schriftliche Be-
scheinigung. Der nicht genehmigte Inhalt darf nicht vorgetragen
werden. Nach Beendigung des Vortrages ist die
Versammlung sofort zu schließen. Derartige nicht
öffentliche Versammlungen sowie die nicht öffentlichen Versamm-
lungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind
vom Vorstand oder vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor
dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit
und des Verhandlungsgegenstandes und des etwa i-
gen Redners bei der Ortspolizeibehörde schriftlich anzuzeigen.
Der Zutritt zu einer nicht öffentlichen Versammlung eines politi-
schen Vereins steht nur den Mitgliedern des Vereins gegen Vor-
zeigen der Mitgliedskarte zu (Zurückkontrolle). Fremde und
Gäste dürfen nicht eingeführt werden. Den Polizei-
behörden steht in den nicht öffentlichen Versammlungen die Ueber-
wachungs- und Auflösungsbesugnis zu. Die Auflösung hat ins-
besondere zu erfolgen, wenn Ausführungen gemacht werden,
durch die die Einigkeit des deutschen Volkes ge-
stört wird oder die eine Aufreizung der einzelnen Bevöl-
kerungsklassen gegeneinander oder gegen die Staats- oder
Kommunalbehörden enthalten. Die Verordnung fin-
det keine Anwendung auf nicht öffentliche Versammlungen, die
rein gesellschaftlich, religiösen oder Zwecken der Wohlfahrtspflege, der
Förderung von Kunst und Wissenschaft dienen.

Ein Modellshuppen Krupps eingeleitet. Die Direktion der
Firma Krupp teilt mit: Im Modellshuppen der Firma Friedrich
Krupp brach Sonnabend abend gegen 6 Uhr aus bisher unbe-
kannter Ursache ein Brand aus, der bei dem herrschenden starken
Winds rasch um sich griff und auf einen Anbau der Modellshuppen
übergriff. Nach zwei Stunden war die Nacht des Feuers
gebrochen. Der Modellshuppen und der Anbau sind niederge-
brannt, sonstige Gebäude wurden nicht beschädigt. Verletzt wurde
niemand.

„Lodfeinde.“ Anlässlich eines Austauschbesuches militäruntauglicher
Gefangener fand im Münster zu Konstantz ein Gottesdienst
statt, über den die „Petrusblätter“ u. a. folgendes zu berichten
wissen: „Französische gefangene Priesterjohannes waren in das
Konstanzer Münster geführt worden, um dort das heilige Meßopfer
zu feiern. Die grüßlichen Herren ministrierten sich in ihrer fran-
zösischen Uniform gegenseitig. Unter dem Meßgewand des Zele-
branten schauten die roten Hosen der französischen Uniform hervor.
Es traf sich, daß der französische Priester am Altar nach der heiligi-
gen Messe noch die Kommunion auszureichen hatte, und nun er-
eignete es sich, daß aus der Zahl der frommen Beter auch zahl-
reiche deutsche Soldaten in Uniform zum Tische des Herrn traten,
und der französische Priesterjohannes reichlich ihnen die heilige
Eucharistie. Lodfeinde auf den Schlachtfeldern feierten hier beim
göttlichen Liebesmahl die untrügliche Friedensvereinigung, die es
geben kann. Manches Auge sah man im weiten Dom sich leuchten
beim Anblick dieser ergreifenden Szene.“

Eisenbahnunfall. Der „Donauzeitung“ zufolge entgleiste zwi-
schen Neustift und Pfeningbach der aus dem Rott-Tal kommende
Lokalzug, der die hohe Waldschneise hinabfiel. Der Eisen-
bahnbaum war durch anhaltendes Regenwetter unterpült wor-
den. Der Lokomotivführer wurde getötet, sechs
Reisende sind schwer verletzt und zehn leichter.

Revolte im Staate Newyork. Während eines Ausstandes
in den Stahlwerken von East-Youngstown stellten
sich einer Reutermessung, die Streikenden sechs Gruppen von
Gehäuden in Brand und plünderten. Drei Personen wurden
getötet und 19 verletzt. Um zu verhindern, daß die revoltieren-
den Arbeiter in einen anderen Stadtteil gelangten, wurde eine
Brücke in Brand gesteckt. Aus der Umgegend herangezogene Trup-
pen kamen am Sonnabend früh an. Die Arbeiter bemächtigten
sich einer Ladung von 500 Pfund Pulver, sprangen mehrere Ge-
bäude und drohten, die Wohnhäuser zu zerstören. Hierauf stahlen
sie Whisky und betranken sich. Zahlreiche Verhaftungen wurden
vorgenommen.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preussische Verlustliste Nr. 424.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden
mochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in
unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volks-
boten“ in der Kreise des wert-
vollen Volkes weite Verbreitung
und größte Beachtung. Der
auf Erscheinen sofort inserieren im
„Lübecker Volksboten“

(Fortsetzung folgt.)